

Medien in der Krise: Trägt Vielfalt zur Stabilität der Gesellschaft bei?

Am 7. Januar 2025 könnte Ministerin Susanne Raab aus der Politik zurücktreten. Aktuelle Umfragen zur Mediennutzung in Deutschland analysiert.

Deutschland - Medienministerin Susanne Raab (ÖVP) steht vor einem überraschenden Rückzug aus der Politik, berichtet die **Kronen Zeitung**. Die 40-jährige plant, zur International Coalition for Media and People's Trust (ICMPT) zu wechseln. Raabs Entscheidung könnte weitreichende Folgen für ihr Ressort und die Integrationspolitik haben, zumal sie als treibende Kraft für Medien- und Frauenangelegenheiten galt.

Parallel dazu wird in einem Beitrag des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) die Rolle der Medien im Zusammenhalt der Gesellschaft beleuchtet. Demnach ist es für eine funktionierende Demokratie unverzichtbar, dass Medien vielfältige Meinungen darstellen und aktuelle Themen verständlich aufbereiten. Die Umfrage unter 1.001 Erwachsenen in Deutschland ergab, dass die überwältigende Mehrheit öffentlich-rechtliche Medien für aktuell und vielfältig hält. Insbesondere angenommen wird, dass sie in der Lage sind, Informationen bereitzustellen, die für das Verständnis der komplexen gesellschaftlichen Realität notwendig sind, so wie es **Dr. Irene Broer** zusammenfasst.

Mediennutzung im Wandel

Während Susanne Raabs potenzieller Abgang die politische Landschaft in Österreich unverändert beeinflussen könnte, zeigt

die Studie des FGZ, dass die Medienlandschaft in Deutschland einem Wandel unterliegt. Die Befragung zeigt, dass junge Erwachsene sich zunehmend über soziale Medien und digitale Plattformen informieren, während traditionelle Medienformen an Bedeutung verlieren. Besonders bei den jungen Generationen machen soziale Medien einen wichtigen Teil der Informationsbeschaffung aus, wie viele Teilnehmer betonen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass eine nähere Zusammenarbeit zwischen öffentlich-rechtlichen und digitalen Medien notwendig ist, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der digitalen Welt zu fördern.

Das Zusammenwirken von Politik und Medien bleibt entscheidend für die Förderung eines offenen und inklusiven Diskurses, betont der FGZ-Bericht. Nur wenn alle Stimmen gehört werden, kann der gesellschaftliche Zusammenhalt, den die Medien laut den Nutzern fördern sollen, auch erreicht werden. Wie Raabs Wechsel die Wahrnehmung der Medienlandschaft beeinflussen wird, bleibt abzuwarten, doch unabhängig davon steht fest: Die Herausforderung, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, bleibt auch für die Medienorganisationen von zentraler Bedeutung.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.heute.at• leibniz-hbi.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at